



Stadtratsfraktion

Pressemitteilung

Ansbach, 16. Januar 2017

Ansbach verliert 1,8 Millionen Euro der Gewinne der Stadtwerke – Busse und Bäder ungedeckt

OLA: „Rückgewinnung der Energieversorgung in Bürgerhand zentrale Zukunftsaufgabe“

Privatisierungsverluste „Warnsignal“ für ähnliche Überlegungen bei Bauhof und ANregiomed

1,8 Millionen Euro an Energiegebühren der Ansbacher Bürger und Unternehmen gingen allein im Jahr 2015 der Stadt verloren. Das ergibt sich aus dem in der *Fränkischen Landeszeitung* veröffentlichten Bilanzergebnis der Stadtwerke für dieses Geschäftsjahr. Seit der Teilprivatisierung im Jahr 2001 fließen nämlich 40 Prozent der Gewinne aus Ansbach an die Thüga AG ab. Summiert verlor die Stadt in den vergangenen Jahren weit mehr als den damaligen Verkaufserlös von 26,5 Millionen DM (13,9 Millionen Euro).

Für die Kommune ist dieser Zustand doppelt bitter: Während in anderen Städten die Werke einen positiven Beitrag zum Haushalt leisten, entsteht im Querverbund der Stadtwerke mit der Ansbacher Bäder- und Verkehrsgesellschaft (ABuV) infolge der Gewinnabführungen an die Thüga AG eine Deckungslücke von knapp einer Million Euro. Dieser Fehlbetrag muss aus dem Stadtsäckel ausgeglichen werden und hat mitunter dazu geführt, dass hunderte Busfahrten gestrichen wurden. Gleichzeitig wurden die Bürger durch deutlich gestiegene Preise bei ÖPNV, Aquella und jetzt auch beim Strom für die Privatisierungsverluste zur Kasse gebeten.

Die Stadtratsfraktion der Offenen Linken Ansbach (OLA) erklärt zur Stadtwerke-Bilanz: „Es wird Jahr für Jahr deutlicher, dass die Rückgewinnung der Energieversorgung in Bürgerhand eine zentrale Zukunftsaufgabe ist. Denn neben einer strukturellen Stärkung der Finanzausstattung der Stadt ergäbe sich dadurch Potenziale für eine attraktivere Tarifgestaltung bei Mobilität, Freizeitbad und Energie. Die Konsequenzen der Teilprivatisierung der Stadtwerke sind ein Warnsignal für Privatisierungs-Überlegungen in weiteren Bereichen: Es muss klar sein, dass etwa ein PPP-Projekts am städtischen Bauhof oder die Übertragung der Geschäftsführung von ANregiomed an Beratungsfirmen mittelfristig ähnliche Verlustgeschäfte für die Stadtgesellschaft bedeuten können.“

gez. Boris-André Meyer, Fraktionsvorsitzender